

+++++ **KOMPAKT** +++++



**Dunaújváros**  
**Orbán: Tradition mit Zukunft**

„Die traditionsreichen Industriestädte gehören nicht der Vergangenheit an, sondern haben eine Zukunft, so auch Dunaújváros“, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán (Foto 1.) am Dienstag in Dunaújváros, wo er im Rahmen des Programms „Moderne Städte“ eine Kooperationsvereinbarung mit OB Gábor Cserna (r.) unterzeichnete. Orbán hob hervor, in Ungarn wäre ohne die Regierung eine Entwicklung der Städte nicht möglich. Cserna bekräftigte dies mit dem Motto von Dunaújváros „Vor uns die Stadt, hinter uns die Regierung“. In der Vereinbarung mit der Stadt kündigte Orbán die Errichtung eines Warenverkehrsknotenpunktes an, dazu stellt der Staat ein 500 ha großes Grundstück zur Verfügung. Dieser wird gemeinsam mit der Stadt errichtet und dann von der Kommunalverwaltung betrieben. Die Universität von Dunaújváros erhält Fördermittel, um Forschungsmöglichkeiten für die e-Mobilität zu schaffen. In Dunaújváros wird in Kürze das größte Problem der Arbeitskräftemangel sein, weshalb mit 4 Mrd. Forint die Verbindungsstraßen zu den umliegenden Städten modernisiert werden. Das seit längerem geschlossene Erlebnisbad kauft der Staat und modernisiert es. Mit einem Investitionsvolumen von 3 Mrd. Forint entsteht zudem ein moderner Verkehrsknotenpunkt.

**Sicherheitsausschuss**  
**Pintér fürchtet um**  
**schwächstes Glied**

„Wir dürfen nicht das schwächste Glied im Antiterrorkampf sein“, betonte Innenminister Sándor Pintér am Dienstag bei seiner Anhörung vor dem Nationalen Sicherheitsausschuss. Die internationalen Erfahrungen aus Brüssel und Paris zeigen, dass die Terroristen große Ereignisse im Visier haben. Auch gegenüber Ungarn gab es bereits Drohungen. In Anbetracht dessen wurden für Sicherheitsmaßnahmen mehr als 2 Mrd. Forint zusätzliche Gelder bereitgestellt, so für die Entwicklung der Antiterrorzentrale, die Aufstockung des Personalbestandes beim Verfassungsschutz

und beim Nationalen Sicherheitsdienst. In Anbetracht der bevorstehenden Fußball-EM in Frankreich werden Polizei und Geheimdienste eng zusammenarbeiten. Eindeutig sei Pintér zufolge, dass der Migrationsdruck auf Europa nicht nachlassen wird. Deswegen sollen aufgrund einer Gesetzesnovelle die Transitzone ausgedehnt werden, damit weniger Migranten illegal ins Land kommen können.

**Ungarn-Dänemark**  
**Grenzschutz gegen**  
**illegale Einwanderung**

Es dürfe nicht noch einmal wie 2015 geschehen, dass hunderttausende Menschen

unkontrolliert Europa betreten, erklärte Außenminister Péter Szijjártó am Dienstag in Kopenhagen. Es bedarf einer gemeinsamen europäischen Lösung hinsichtlich der Einwanderungskrise. Bei seinem Gespräch mit dem dänischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Kristian Jensen kamen sie überein, der europäische Grenzschutz sei ein wichtiger Teil im Kampf gegen die illegale Einwanderung. Szijjártó informierte, für Ungarn sei die Pflichtquote im vollen Umfang inakzeptabel, denn sie stelle eine Einladung dar und erhöhe den Einwanderungsdruck auf Europa. Das von der EU-Kommission angeregte Kopfgeld halte Ungarn für reine Erpressung. Szijjártó betonte, Ungarn und Dänemark seien zuverlässige Partner, dänische Unternehmen wie LEGO, Coloplast oder Grundfos beschäftigen in Ungarn ca. 15.000 Mitarbeiter.

**Flüchtlingsströme**  
**Österreich beobachtet**  
**Ungarn**

Zwar kommen die Flüchtlinge derzeit eher aus Libyen über das Mittelmeer nach Europa, dennoch muss Österreich in erster Linie auf Ungarn achten und die Routen der Flüchtlinge im Auge behalten, erklärte der österreichische Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil am Dienstag in Brüssel. Er betonte, es könne sich in Anbetracht der derzeit rasant ansteigenden Flüchtlingszahlen erneut eine ähnliche Lage wie im vergangenen Jahr entwickeln.

**Gesellschaft**  
**Österreich-Ungarn**  
**Kövér betonte**  
**kontinuierlichen**  
**Dialog**

Parlamentspräsident László Kövér empfing am Dienstag im Parlament Maria Rauch-Kallat, die Präsidentin der Gesellschaft Österreich-Ungarn. Kövér würdigte die aus ungarntreuen Persönlichkeiten des österreichischen öffentlichen Lebens sowie ungarischen Honorarkonsuln in Österreich bestehende Gesellschaft. Er betonte, es müsse jede Möglichkeit zum kontinuierlichen Dialog im Interesse der Vertiefung der bilateralen Kontakte sowohl in den Parlamenten als auch im öffentlichen Leben genutzt werden. Maria Rauch-Kallat bekräftigte, die von ihr geführte Freundschaftsgesellschaft werde alles zur Pflege von breitgefächerten Kontakten tun.